

Die Welt braucht Klimazölle statt mehr Konferenzen

Ein neues Klimaabkommen wird es nicht so schnell geben. Statt aber auf den großen Wurf zu warten, sollte Europa mit Öko-Importzöllen und Klimapartnerschaften vorangehen

Tobias Leipprand

Anfang der Woche trafen in Berlin Minister aus 20 Industrie- und Entwicklungsländern zusammen, um über einen künftigen Weltklima-Vertrag zu beraten. Die Konferenz ist eine Vorbereitung auf die großen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen in Südafrika Ende des Jahres. Dort soll man sich auf ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll einigen, das 2012 ausläuft.

Das Ergebnis der Berliner Konferenz ist wie erwartet ernüchternd. Was schon nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 vermutet wurde, ist nun klar: Ein weltweites neues Klimaabkommen wird es so schnell nicht geben. China und die USA weigern sich, verbindliche Ziele für den Klimaschutz festzulegen. Dies macht jede Chance auf eine Einigung zunichte.

Dennoch verhandeln die Klimadiplomaten weiter, als sei nichts gewesen, als gäbe es keine anderen Strategien, um zu einer Lösung zu gelangen. Zynismus und Frustration nehmen zwar zu, aber die Marschrichtung bleibt die gleiche: ein weltweites Klimaabkommen auszuhandeln, in dem sich alle Staaten verpflichten, ihren Ausstoß schädlicher Klimagase drastisch zu reduzieren. Zeit für die Bundesregierung, ihre Klimastrategie zu überdenken.

Der alleinige Fokus auf die große Lösung ist fahrlässig. Er blockiert andere Ansätze und neue Denkrichtungen. Wertvolle Zeit geht verloren. Ein weltweites Klimaabkommen ist sicherlich ein gut gemeintes Ziel. Aber leider ist „gut gemeint“ wie so oft auch hier gerade das Gegenteil von „gut“.

Die Zeichen der Zeit hat nun auch Umweltminister Norbert Röttgen erkannt. Laut jüngsten Aussagen zweifelt er an einer Einigung beim Klimagipfel in Südafrika. Sein Ansatz, sich schrittweise über kleinere

Abkommen an einen Klimavertrag heranzuroben, ist richtig. Damit diese Rechnung aufgeht, braucht es allerdings nicht nur wohlmeinende Worte, sondern harte Diplomatie.

Europaweit sollte sich die Bundesregierung für Klimazölle einsetzen. Auf Importe in die EU werden dabei Abgaben erhoben, bemessen am Ausstoß schädlicher Klimagase, die bei der Produktion der Waren angefallen sind. Partnerländer und -regionen, mit denen die EU Klimaschutzabkommen einget, werden von den Zöllen ausgenommen. Dies ermöglicht den schrittweisen Aufbau einer Klimaallianz. Statt vergeblich auf den großen Klimavertrag zu warten, schließen wir wirksame Klimapartnerschaften mit ambitionierten Staaten und Regionen – beispielsweise Mexiko, Südkorea und Kalifornien.

Der Clou: Die Zolleinnahmen führt die EU direkt an die Regierungen der Länder zurück, aus denen die Waren stammen – mit der Empfehlung, die Gelder für den Klimaschutz einzusetzen. Damit erstickt sie jeden Vorwurf im Keim, entgegen internationalen Abkommen den Welthandel zu behindern und sich über neue Zölle zu bereichern.

Ein solcher Ansatz erhöht den Druck auf China und die USA, sich am Klimaschutz stärker zu beteiligen. Gleichzeitig setzt er Anreize für Industrien im Ausland, ihre Waren energiesparender zu produzieren, auch wenn ihre Regierungen noch nicht mitziehen.

Nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie verkündete die Kanzlerin am Samstag in ihrem Podcast, sie wolle auch international die Führung für den Klimaschutz übernehmen. Dieses Versprechen gilt es mutig einzulösen.

E-Mail leserbriefe@ftd.de

Tobias Leipprand ist Mitglied des Vorstands der Stiftung Neue Verantwortung und Fellow des Global Governance 2020 Programms.

Weil sie sich hassen

Im Streit um das US-Defizit geht es Republikanern und Demokraten nicht um Politik oder gar Wirtschaft. Wir sind Zeuge einer persönlichen Fehde zwischen zwei moralischen Lagern

Clive Crook

Was passiert, wenn in den USA die Verhandlungen über eine höhere Schuldenobergrenze scheitern?

Das Bipartisan Policy Centre (BPC), ein Think-tank in Washington, zeichnet in einem neuen Bericht ein sehr düsteres Bild. Sagen wir mal so: Die USA sind gerade dabei, den größten – absolut vermeidbaren – Fehler in der Geschichte der Wirtschaftspolitik zu begehen.

Laut US-Finanzministerium wird der laufende Betrieb nach dem 2. August die Schuldenobergrenze durchbrechen. Ein Zahlungsausfall (Default) wird damit wahrscheinlicher. Einige Republikaner, die gern mit dem Feuer spielen, glauben nicht an diese Frist. Das Finanzministerium wird sich doch Spielraum gelassen haben, so ihr Argument.

Die Analysten des BPC haben die täglichen Eingänge und Abflüsse des Finanzministeriums untersucht. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Deadline tatsächlich schon am 2. August sein könnte – aber „vermutlich nicht später als der 9. August“. Die Folge wäre nicht nur der oberflächliche „Shutdown“, in dem Washington ein wenig den Betrieb einstellt. All das hat die Hauptstadt schon erlebt. Das Ergebnis wäre eine nie da gewesene Störung des Betriebs – mit chaotischen Folgen. Das Finanzministerium würde vermutlich versuchen, dem Schuldendienst Priorität zu geben, müsste aber gleichzeitig nahezu 500 Mrd. Dollar umschulden.

Ich glaube weiter an eine Einigung. Die Alarmrufe werden lauter und zahlreicher. Der Senat hat sogar die Sitzungspause gestrichen. Letztlich wird man sich auf Sparmaßnahmen und „Einnahmesteigerungen“ (sag niemals „Steuererhöhungen“!) verständigen. Unmittelbar vor dem Durchbruch ist der Aufschrei oft am lautesten.

Dennoch sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, wie ernst die Lage ist: Die USA sind in einer Führungskrise. Das BPC betreibt keine sinnlosen Rechenübungen. Es ist unglücklich, dass die USA einen freiwilligen Zahlungsverzug diskutieren. Es ist erstaunlich, dass die Republikaner sagen: „Wie sonst können wir die Regierung dazu bringen, die Ausgaben zu kürzen?“ Woher kommt diese chronische Unfähigkeit von Politikern in diesem Land,

Kompromisse zu finden? Es geht um viel mehr als um eine unterschiedliche Bewertung von Fakten oder Wirtschaftstheorien. Es ist mehr als der politische „Kampf der Kulturen“, es geht nicht nur um konkurrierende Visionen über die Zukunft des Landes. Nein, die Sache ist viel persönlicher.

Als Jonathan Haidt, Psychologieprofessor von der Universität von Virginia, kürzlich beim Aspen Ideas Festival seine Erklärung zu dem Thema vorstellte, wurde das überwiegend liberale Publikum ziemlich unruhig. Mehrere Jahre lang hat Haidt die, wie er es nennt, „moralische Intuition“ der Liberalen und Konservativen untersucht. Seine Schlussfolgerungen sind überzeugend. So weit ist es schon gekommen: Man benötigt einen Psychologen, um die amerikanische Haushaltspolitik zu verstehen.

Laut Haidt werden Liberale meist von ihrem Gespür für Gerechtigkeit angetrieben – wer bekommt was – und von der Frage, welchen Nachteil oder

pulse sind praktisch in allen Weltreligionen und -kulturen vertreten. Säkulare Liberale sind die Ausnahme. Darüber hinaus haben diese konservativen Reize wichtige soziale Funktionen – warum sonst würden sie sich überall durchsetzen?

Die Hauptbeschäftigung der Liberalen mit sozialer Gerechtigkeit war zweifelsohne wichtig für den Erfolg des Projekts Amerika. Dasselbe aber gilt für die Konservativen, die beherrscht sind von dem Gedanken an Loyalität. Das zeigt sich in ihrem ungeheuren Patriotismus, dem Respekt vor der Flagge und so weiter. All die Eigenschaften also, die einen Liberalen zum Lachen bringen.

Das Tragische an der amerikanischen Politik ist, dass diese beiden moralischen Lager nicht nur nicht anerkennen, was die Gegenseite zum Erfolg der USA beiträgt – sondern dass sie sich inzwischen gegenseitig verachten. Diese tiefe Feindseligkeit treibt die Fortschrittlichen in der demokratischen



„So weit ist es schon gekommen: Man benötigt einen Psychologen, um die amerikanische Haushaltspolitik zu verstehen“

CLIVE CROOK ist Chefkolumnist der Financial Times in Washington

welchen Schaden ein Opfer erleidet. Auch die Konservativen bewegen diese Themen, ihnen geht es aber auch um Loyalität, Autorität und Unverdorbenheit oder Reinheit (inklusive der körperlichen Unverdorbenheit). Dabei geht es um tief verwurzelte moralische Impulse. Häufig kommen sie im Gewand der Religion daher – oder in deren Mangel.

Gegen sie zu verstoßen kommt einem Sakrileg gleich. In den USA sind die Unterschiede in diesem moralisch-psychologischen Fundament sehr stark ausgeprägt. Je progressiver man ist, desto schwerer versteht man die Ansprüche an Loyalität, Autorität und Unverdorbenheit. Je konservativer man ist, desto unverzichtbarer erscheinen einem diese Kategorien. Das ist wichtig, denn die US-Politik – vor allem der konservative Rand – wird von der Energie der Extreme angetrieben.

Warum war dem Publikum in Aspen unwohl? Weil Haidt zu dem Schluss kommt, das konservative Lager sei die globale Norm. Die konservativen Im-

Basis ebenso an wie die Tea-Party-Aktivisten, die die Macht innerhalb der Republikanischen Partei anstreben. Die Grundlagen der Regierungskrise sind also moralischer Natur.

Hilft dies, diese Krise zu begreifen? Ganz gewiss, wissen wir doch, was nötig ist, damit Gemeinschaften mit unterschiedlicher Moral miteinander leben können: Toleranz und Respekt.

Respekt und Toleranz müssen aus beiden Richtungen kommen. Und da ich aus dem progressiven Aspen schreibe, werde ich versuchen, den Liberalen diesen Punkt einzutrichtern. Liberale bekunden ja gern ihren Respekt vor ausländischen Kulturen und Religionen. Liberale verachten keine Muslime und lachen nicht über Buddhisten. So schwer es auch sein mag: Ein klein wenig dieser Liebeshuld sollten sie auch für ihre Nachbarn aufbringen – selbst wenn es sich um evangelikale Christen handelt. Das könnte bei der Haushaltspolitik den entscheidenden Unterschied ausmachen.

Der Balken im eigenen Auge

Die deutsche Debatte um Steuersenkungen zeigt: Die Koalition hat weder die Schuldenbremse noch die Vorgaben der EU verstanden



Peter Ehrlich

Die Bundestagsabgeordneten der Koalition sind gut darin, andere zur Einhaltung von Regeln zu ermahnen. Die Griechen etwa oder die Portugiesen. Die Bundesregierung war eine Zeit lang Vorreiter eines möglichst scharfen Stabilitätspakts. Im März erst beschlossen 23 der 27 EU-Staaten auf Drängen der Kanzlerin einen „Euro-Plus-Pakt“, in dem es unter anderem um längere Lebensarbeitszeiten geht. Darin wird auch allen Ländern, die entsprechende Regelungen noch nicht haben, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild empfohlen.

Nur etwas daran ist seltsam. Die eifrigen Befürworter dieser schönen Konzepte und Regeln übersehen, dass diese Regeln auch für Deutschland gelten. Die deutsche Schuldenbremse und die europäischen Haushaltsregeln jedenfalls scheinen eine Mehrheit der Abgeordneten nicht gelesen oder nicht verstanden zu haben. Sonst würde die Diskussion über eine Steuerreform 2013 anders geführt.

Eine Steuerentlastung, verbunden mit einer Senkung der Rentenbeiträge, ist zwar keine schlechte Idee. 2013 dürfte das Wachstum etwas gebremst werden, da könnten ein paar Impulse nicht schaden. FDP-Generalsekretär Lindner argumentiert ausdrücklich mit der Konjunktur, was ein interessanter Schwenk ist für eine Partei, die 2009 Konjunkturpakete noch bekämpft hat und Steuerreformen als strukturelles Allheilmittel verkaufte.

Nur hat die FDP wie auch Union und SPD der Schuldenbremse zugestimmt, sie steht im Grundgesetz. Und das Grundgesetz steht über dem Koalitionsvertrag, auf den sich die Parteichefs der Koalition berufen.

Eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung, also Einsparungen oder Steuererhöhungen an anderer Stelle, dürfte es gar nicht geben. Das Kabinett hat klugerweise die Einigung der drei Parteivorsitzenden Merkel, Westerwelle und Seehofer auf eine noch nicht näher bezifferte Steuersenkung nur „zur Kenntnis“ genommen und gestern einen Haushalt beschlossen, der der Schuldenbremse entspricht. Geplant ist für 2012 immer noch eine Neuverschuldung von 27,2 Mrd. Euro, bei einem Wachstum von zwei Prozent dürfte damit die Gesamtverschuldung bezogen aufs Bruttoinlandsprodukt wie schon im laufenden Jahr sogar leicht sinken.

Aber bei der Schuldenbremse geht es nicht darum, ob es finanziellen Spielraum für ein paar Entlastungen oder Mehrausgaben gibt. Nach dem klassischen Verständnis von Haushaltspolitik der Regierungen Kohl I bis IV, Schröder I und II und Merkel I darf es ruhig ein Defizit geben, wenn die Maastricht-Grenze von drei Prozent Defizit in Bezug auf das BIP eingehalten wird. Schon diese Maastricht-Auslegung war willkürlich, denn das eigentliche Ziel des Stabilitätspakts waren ausgeglichene Haushalte. Weil das Grundgesetz aber im alten Artikel 115 eine Neuverschul-

neuen Grenzwert von 0,35 Prozent. Und wenn der erreicht ist, und die Konjunktur läuft gut, muss der Bund kein Einhalten des Gesetzes sogar einen Überschuss erwirtschaften und Schulden abbauen. So lange, bis die Gesamtverschuldung wieder unter 60 Prozent ist, berechtigt eine gute Konjunktur nicht zu neuen Ausgaben. „Wir haben es doch“ gilt nicht mehr. Denn noch haben wir reichlich Schulden. Davor wurde so lange gewarnt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Konsolidierung befürwortet, selbst um den Preis entgangener oder aufgeschobener Steuerentlastungen.

Auch die Vorgaben der EU etwa im Jahreswachstumsbericht haben die Koalitionäre nicht oder nicht richtig gelesen. Da steht zum Beispiel drin, dass strukturelle neue Ausgaben oder Mindereinnahmen an anderer Stelle durch Mehreinnahmen ersetzt werden müssen. Wenn also Deutschland Steuerermäßigungen von 10 Mrd. Euro plant, müsste es an anderer Stelle das Geld wieder hereinholen. Da darf man auf Vorschläge gespannt sein, zumal Finanzminister Wolfgang Schäuble noch eine weitere mittelfristige Finanzlücke von knapp 5 Mrd. Euro stopfen muss. Die EU-Vorgaben wurden übrigens von den Staats- und Regierungschefs sowie von den Finanzministern in etlichen Beschlüssen bestätigt.

Vor dem Bundesverfassungsgericht ging es in dieser Woche auch um die Frage, ob die Euro-Rettungsschirme die Spielräume des Gesetzgebers beim Haushalt nicht zu sehr einschränken. Sollten tatsächlich größere Teile der vergebenen Kredite eines Tages ausfallen, würden in der Tat die Spielräume weiter eingeschränkt. Solche Risiken, die man auch beim Bankenrettungsschirm 2008 eingegangen ist, sind aber in der Finanzpolitik unvermeidlich. Es kann ja auch einen neuen Konjunktur-einbruch geben, bei dem die Defizite schnell wieder steigen würden – und

das auch dürften. Trotzdem ist die Schuldenbremse nicht das Ende der Haushaltspolitik. Der Bundestag kann die Prioritäten bei den Ausgaben und Einnahmen verändern – das ist nur viel unbequemer, als auf Schulden auszuweichen. Dann muss man nämlich direkt umverteilen.

Die exakte Grenze zwischen konjunkturellen und strukturellen Mehrausgaben ist schwer zu ziehen. Wenn die Rentenkassen gut gefüllt sind,

Die FDP sollte es mal mit einem neuen Slogan probieren

kann man dort eine Beitragssenkung außerhalb der Schuldenbremse vollziehen. Aber es bleibt dabei, dass Schuldenbremse und Stabilitätspakt die Möglichkeiten zur Neuverschuldung gerade dann stark begrenzen, wenn es gut läuft. Und das ist ja auch das Ziel: vielleicht wirklich einmal ein paar Jahre lang Schulden abzubauen. Die staatliche Gesamtverschuldung liegt über 80 Prozent des BIPs. Wegen der steigenden Zinsen steigen die Finanzierungskosten dafür. 2012 werden die Ausgaben für Zinszahlungen um rund 10 Mrd. Euro über den Investitionen liegen. Die Lasten der Vergangenheit behindern Investitionen in die Zukunft und Steuersenkungen, das ist die Wahrheit. Statt um Steuersenkungen zu kämpfen, die so gering für den Einzelnen sein werden, dass er sie kaum spürt, sollte die FDP es mit einem neuen Slogan probieren: „Der Schuldenabbau von heute sind die Steuersenkungen von morgen.“

E-Mail ehrllich.peter@guj.de
Peter Ehrlich leitet das FTD-Büro in Brüssel. Er schreibt jeden zweiten Donnerstag an dieser Stelle.

POSTEINGANG

Zum Bericht **Moody's** ohrfeigt Portugal über die Herabstufung portugiesischer Staatsanleihen
FTD VOM 6. JULI

Politisches Manöver

Das ist ein mieses und durchsichtiges Ablenkungsmanöver, das nur von den Problemen des Dollar ablenken soll. Alle drei Ratingagenturen sind mitnichten neutral, sondern fallen schon längere Zeit politische Urteile gegen den Euro. Europa und Asien sollten sehr kurzfristig eigene Agenturen gründen und den Ratingkampf aufnehmen.

Matthias Moser, Würselen

Zum Bericht **Einmarsch der Quotenfrauen** über die Präsentation zweier Kandidatinnen für den Telekom-Vorstand
FTD VOM 6. JULI

Gegen das Gesetz

Die Auswahl und Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist ausschließlich die Aufgabe des Aufsichtsrats. Es mag ja sein, dass bei der Deutschen Telekom AG andere Spielregeln gel-

ten. Dann aber verstoßen sie gegen das Gesetz, gegen die Interessen der Eigentümer und gegen die Regeln ordentlicher Unternehmensführung.
D. Suchan, Düsseldorf

Wie eine Behindertenquote

Geschäftsführungs- und Vorstandspositionen sollten qua Qualifikation besetzt werden. Auch wenn uns andere Länder in dieser Hinsicht angeblich „voraus“ sein sollen, muss man ja nicht blind jedem Unsinn folgen. Eine Frauenquote mutet ähnlich einer Behindertenquote an – wie ist das eigentlich mit den Gleichstellungsgrundsätzen vereinbar?
Georg Kierdorf, Köln

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.
Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann
Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Christian Baugig (Capital), Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)
Artredaktor: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)
Geschäftsführende Redakteurin: Isabella Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgentfrey (Stv.)
Bildchef: Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)
Kommentarchef: Dr. Anton Noz
Unternehmen: Guido Warlimont (Ltg.), Jörn Paterak (Stv.)
Politik: Andreas Theysen (Ltg.), Ulrike

Sosalla (Stv.)
Finanzen: Tim Bartz (Ltg.), Christian Kirchner (Stv.)
Geld: Jochen Mörsch (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.)
Agenda: Horst von Buttlar (Ltg.), Claus Gorgs (Ltg.)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann.
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg, „Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license.
The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.
CJ Wirtschaftsmedien AG & Co. KG
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg
Brieffach 02, 20444 Hamburg
Tel.: 040/57 05-0

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas
Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt
Gesamtanzeigelenleiterin: Helma Spielker
Anzeigelenleiter: Jens Kauerauf
Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Höpfner, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg
ISSN 1615-4118
Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Kamauf, Tel.: 040/57 05-2590, E-Mail: kamaufisabella@picturepress.de
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin
A B H M